

Besonders macht das kaum glaubliche Mißlingen einer Aktualisierung der lutherischen Rechtfertigungslehre die katholischen Gesprächspartner betroffen, und zwar nicht nur deshalb, weil der lutherische Partner nun schwerer identifizierbar wird. Es wird an diesem Fall auch deutlich, wie schwer das zu leisten ist, was Papst Johannes XXIII. vom Konzil generell als Aktualisierung der kirchlichen Lehre gefordert hat. Die erstmalig zu einer Vollversammlung des LWB entsandten offiziellen römisch-katholischen Beobachter, Prof. Joh. Witte SJ, Rom, Gregoriana, und Dr. Peter Bläser MSC, Paderborn, äußerten sich dankbar über die guten Kontakte, die man ihnen gewährt hatte, einer Beurteilung des Ergebnisses enthielten sie sich naturgemäß. Prof. Witte wurde zu einer Erklärung herausgefordert, ob seine Anwesenheit in Helsinki bedeute, daß Rom die „Lutherische Kirche“ — die ja nur als Vielzahl selbständiger Kirchen existiert — als „genuin christliche Kirche“ anerkenne. Er bejahte es, daß Rom „die verschiedenen Elemente der Kirche auch außerhalb der römisch-katholischen Kirche“ anerkenne, insofern auch eine lutherische Kirche, wenn auch „nicht auf der gleichen Ebene“.

Beschlüsse und Programme

Auf der umfangreichen Traktandenliste in Helsinki stand u. a. die Aufnahme von elf neuen Mitgliedskirchen, so daß der LWB jetzt auf 74 Gliedkirchen angewachsen ist. Neu hinzugekommen sind sechs afrikanische Kirchen, darunter die Kapkirche, sodann die lutherischen Kirchen in den Sowjetrepubliken von Lettland und Estland. Zu den wichtigeren Themen gehörten die Strukturfragen, die das Selbstverständnis des LWB und seine künftige Gestalt betreffen. Mit dem Ziel, aus einer Föderation von Kirchen mehr zur Kirche zu werden, wurde aber zur Verfassung des LWB nur beschlossen, durch Erweiterung des Artikels II neben der Augsburgischen Konfession und dem Kleinen Katechismus Luthers auch die drei altkirchlichen Bekenntnisse als Lehrgrundlage zu nennen. Diese Änderung tritt jedoch erst 1964 in Kraft, falls bis dahin weniger als ein Drittel der 74 Mitglieder Bedenken anmelden sollten. Eine weitere Änderung schreibt vor, daß die Vollversammlung künftig nicht alle fünf, sondern alle sechs Jahre zusammentritt. Bezüglich der fehlenden Abendmahlsgemeinschaft soll das Exekutivkomitee Untersuchungen anstellen, wie man diesen Mißstand überwinden könne.

Es fehlte nicht an reichen Diskussionen über die Fragen der Weltpolitik. D. Lilje erhob die im lutherischen Raum sehr mutige Forderung, es sei höchste Zeit, aus den „Harmlosigkeiten allgemeiner theologischer Kommentare“ herauszutreten und die Frage einer neuen Interpretation der Lehre von den Zwei Reichen anzufassen, deren Auswirkungen sich in Deutschland in der Frage der Obrigkeit zeige. Zu Entschlüssen kam es in der Frage des Moskauer Abkommens über die Einstellung der Atomtests, das „mit Erleichterung und Hoffnung“ begrüßt wurde, in der Frage der Entwicklungshilfe, die gefördert werden solle, und gegen alle Rassendiskriminierungen. Hier solle jede Kirche auf Ordnung in den eigenen Gemeinden schauen. Nicht unerwähnt bleiben möge, daß die Vollversammlung sich für das Recht auf Glaubensfreiheit einsetzte, das auch „das Recht einschließen sollte, an einer internationalen Versammlung christlicher Kirchen teilzunehmen“. Gemeint war das Fehlen von 28 Delegierten aus den lutherischen Kirchen der Sowjetzone, die keine Aus-

reisegenehmigung erhalten hatten. Für die Delegierten aus der Bundesrepublik war es ein besonderes Erlebnis, mit den übrigen 34 lutherischen Delegierten aus der Zone wieder einmal auf fremden Boden zusammentreffen zu können.

Ökumenisches Forschungsinstitut

Die schon in Minneapolis geplante Gründung eines „Konfessionskundlichen Instituts“, dessen Vorstadium durch Prof. Kr. Skydsgaard, Kopenhagen, wahrgenommen wurde, führte nunmehr zu einer „Stiftung für ökumenische Forschung“. Die Rechtsform der Stiftung soll dem Institut die Unabhängigkeit seiner wissenschaftlichen Forschung sichern und auch den nicht zum LWB gehörenden Kirchen die Möglichkeit der Mitarbeit öffnen. Zunächst sollen Lehre und Praxis der römisch-katholischen Kirche behandelt werden, später wird das Arbeitsprogramm auf andere Konfessionen ausgedehnt. Für den Sitz des Instituts wurde schon in Helsinki nicht mehr an Kopenhagen, an eine deutsche Universitätsstadt oder gar an Rom gedacht, sondern an Straßburg, weil an der dortigen Theologischen Fakultät nicht nur die lutherische, sondern auch die reformierte Theologie gelehrt werde, weil man in unmittelbarer Nachbarschaft zur katholischen Kirche lebe und Straßburg die zweitgrößte Universitätsbibliothek Frankreichs nächst Paris besitzt. Inzwischen hat der Exekutivausschuß sich für Straßburg entschieden und D. Dietzfelbinger zum Präsidenten der Stiftung berufen.

Neuwahlen

Der Präsident des LWB für die nächsten sechs Jahre und das Exekutivkomitee wurden neu gewählt. An die Stelle des bisherigen Präsidenten Dr. Fry trat wiederum ein Amerikaner, der 62jährige Präsident der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika und stellvertretende Vorsitzende der Kommission des LWB für Weltmission, Dr. Frederick Axel Schiøtz, Minneapolis. Für seine Wahl war entscheidend, daß er das Vertrauen der Jungen Kirchen, besonders in Afrika, hat. Damit ist auch der künftige missionarische Kurs des LWB präjudiziert, was vermutlich ein Zurücktreten der „kontinentalen Theologie“ zur Folge haben dürfte. In dem neuen Exekutivausschuß, der mit dem Präsidenten zwanzig Mitglieder zählt, sind die deutschen Kirchen mit fünf Sitzen vertreten, durch den Schatzmeister Oberkirchenrat Dr. Rudolf Weeber, Stuttgart, und die Landesbischöfe Dr. Hermann Dietzfelbinger, München, D. Friedr. W. Krummacher, Greifswald, D. Hanns Lilje, Hannover, sowie Oberkirchenrat Wolfgang Schanze, Weimar. Vier Repräsentanten stellen die lutherischen Kirchen in Asien und Afrika (bisher nur drei). Unter den Missionsprojekten wurde der weitere Ausbau des Senders „Stimme des Evangeliums“ in Addis Abeba beschlossen, damit er den ganzen afrikanischen und asiatischen Raum erreichen kann.

Aus der jüdischen Welt

Die Judenmission in Israel Die christliche Missionstätigkeit unter den Juden im Staate Israel hat schon immer den Unwillen weiter Kreise der jüdischen Bevölkerung erregt. Besonders aber während der letzten Jahre gibt es neben der stillschweigenden Ablehnung eine organisierte Agitation der religiösen Parteien, d. h. des ortho-

doxen Judentums, die während des letzten Jahres zu unerfreulichen Spannungen zwischen den Kirchen und der israelischen Regierung führte.

Die jüdische Ablehnung der christlichen Missionstätigkeit unter den Juden ist nicht nur von einem quasi natürlichen Selbsterhaltungstrieb der jüdischen Religions- oder Volksgemeinschaft her zu verstehen. Es gibt ein in Jahrhunderten gewachsenes „Missionstrauma“, das auch heute noch jede objektive Erörterung des Themas Judenmission illusorisch macht. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts waren schließlich alle Judenverfolgungen im christlichen Abendland wenigstens nach außen hin Religionsverfolgungen mit dem ausgesprochenen Ziel, die Juden zur Annahme des Christentums zu zwingen. Jedem Versuch gütlicher Bekehrung durch Zeugnis und Predigt konnte jederzeit der Zwang durch wirtschaftliche Repressalien, Vertreibung oder Tötung folgen. Schlimmer noch wurde die religiöse Vergewaltigung, die Zwangstaufe Erwachsener und die Entführung von Kindern, empfunden. Unter den ost- und mitteleuropäischen Juden gibt es auch heute noch viele Zeugen und Opfer eines religiös motivierten christlichen Antisemitismus. Es ist daher nur zu verständlich, daß man in manchen Kreisen selbst ein Gespräch mit den Christen ablehnt, weil man auch darin nur eine Bekehrungsabsicht vermutet, die sich in Ermangelung anderer Möglichkeiten friedlich oder gar judenfreundlich zeigt.

Eine aktive Judenmission wird eigentlich nur von den protestantischen Kirchen betrieben. Eine organisierte katholische Judenmission in Israel gibt es nicht mehr. Es werden zwar Konvertiten aufgenommen, und man bemüht sich nach Kräften, auch jüdische Konvertiten und christliche Angehörige von Mischehen (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 457 f., und 12. Jhg., S. 166 f.) in die Seelsorge einzubeziehen. Es gibt jedoch keine organisierte katholische Glaubenspropaganda. Allerdings können Bemühungen um liturgische Formen in der hebräischen Landessprache und Ansätze einer kirchlichen hebräischen Literatur als Glaubenspropaganda ausgelegt werden. Die Kirche kann auch niemanden abweisen, der guten Glaubens Christ werden will. Der Außenstehende wiederum vermag nur zu sehen, daß es hin und wieder Juden gibt, die getauft werden, und bedenkt dabei meistens nicht einmal, daß in Israel im allgemeinen doch einiger Glaubensmut zu diesem Schritt gehört.

Die in dem jungen Staat noch mangelhafte soziale Fürsorge zwingt manche dazu, in ihrer Not die (in Wirklichkeit sehr wenigen) caritativen Einrichtungen der christlichen Kirchen in Anspruch zu nehmen, denen oft nachgesagt wird, daß sie diese Hilfe nur solchen Personen gewähren, die Sympathien für das Christentum wenigstens heucheln. Der in jüngster Zeit oft erhobene Vorwurf, die Missionen würden die soziale Not mancher Familien ausnützen, um Proselyten zu machen, ist beinahe unsinnig. Die in der Phantasie des Außenstehenden fast unbegrenzten finanziellen Mittel der einzelnen Missionsinstitute sind in Wirklichkeit sehr gering. Wenn eine Missionsschule nun z. B. Kinder einer alleinstehenden Mutter aufnimmt, und dies bei Zahlung eines eher symbolischen Schulgeldes, so hilft sie gerade dort, wo die Mittel der jüdischen Institutionen meistens nicht hinreichen. Es ist bisher noch kein Fall bekannt geworden, daß irgendwo versucht wurde, auf diese Kinder oder deren Eltern einen unmittelbaren religiösen Einfluß oder gar Zwang auszuüben.

Neben den Missionsinstituten der großen Kirchen gibt es aber auch die Missionen verschiedener christlicher Sekten,

deren Bekenntnis- und Bekehrungseifer bei Juden und Christen keine Grenzen kennt. Es gibt zudem auch missionarische Freibeuter, deren Existenz und Wohlergehen zuweilen von wirklichen oder nur vorgetäuschten Missionserfolgen abhängt, die zur privaten Werbung und Spendensammlung dienen müssen. Solche sind wohl unter Umständen bereit, einen bestimmten, meistens sehr niedrigen Preis zu bezahlen, und so, wie es immer Menschen geben wird, die, einmal in materielle Not geraten, kriminell werden, so wird es wohl auch solche geben, die um eines Gewinnes willen ihre Religion ändern. Diese missionarische Freibeuterei fällt selbstverständlich auf alle Kirchen zurück; denn der größte Teil der Bevölkerung vermag kaum zwischen den christlichen Bekenntnissen, geschweige denn zwischen freiwerbenden Missionaren und Kirchen zu unterscheiden.

Der Keren Jaldenu

Die Ablehnung christlicher Missionstätigkeit unter den Juden in Israel ist zwar allgemein, doch gibt es nur von seiten der jüdischen Orthodoxie eine organisierte Abwehr. Hier tritt besonders der Keren Jaldenu (Kinderfonds) hervor, dessen Aufgabe die Rettung jüdischer Kinder vor den „verderblichen“ Einflüssen der christlichen Mission ist (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 166 ff.). Bei dieser sehr undurchsichtigen Organisation muß man unbedingt Zweck und Mittel unterscheiden. Es ist die selbstverständliche Pflicht eines jeden Juden, andere Juden vor dem Abfall zu bewahren. Wenn der Keren Jaldenu durch seine soziale Tätigkeit verhindern will, daß jüdische Kinder in christlichen Schulen oder Heimen untergebracht werden, so ist dies durchaus zu begrüßen. Der Keren Jaldenu braucht zu diesem Zweck aber Geld und öffentliche Unterstützung. Die Sammeltätigkeit wiederum ist mit einer Propaganda verbunden, die unmittelbar gegen die Tätigkeit der Missionen gerichtet ist. Diese Propaganda zeichnet sich oft durch phantastische Übertreibungen aus. Man unterstellt den Missionen, z. B. Kinder von Eltern zu kaufen, und berichtet, daß solche Kinder nur gegen ein „Lösegeld“ wieder freigegeben werden. In Wirklichkeit wurde hier die Forderung nach rückständigem Schulgeld als Erpressung deklariert, gegen die man doch zu jeder Zeit die Gerichte anrufen könnte. Es hat bisher wenig genutzt, daß derartige Vorwürfe in der Öffentlichkeit immer wieder widerlegt wurden, sie werden auch jetzt noch erhoben, nachdem ein unabhängiges jüdisches Komitee festgestellt hatte, daß die vom Keren Jaldenu veröffentlichten Berichte unwahr sind.

Die Verleumdungen des Keren Jaldenu könnten eher hingenommen werden, wenn nicht zu gleicher Zeit eine offensichtliche Verbindung zwischen dieser Organisation und dem Religionsministerium bestünde, welches in der Regel von orthodoxen Ministern verwaltet wird. Der Keren Jaldenu figuriert im Etat dieses Ministeriums ähnlich wie andere religiöse Institutionen, wird also aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Die israelische Regierung ist daher zumindest mittelbar für diese Organisation verantwortlich. Nur darf man es mit dieser Verantwortlichkeit nicht sehr genau nehmen. Die gemäßigte sozialistische Regierung hat zwar für die Missionen nur wenig übrig und würde es gern sehen, wenn deren Tätigkeit sich auf die arabische Bevölkerung beschränkte, sie ist aber gewillt, diese wenigstens aus außenpolitischen Rücksichten zu dulden. Sie muß es wiederum aus Koalitionsrücksichten hinnehmen, daß das Religionsministerium die antimissionarische Propa-

ganda indirekt unterstützt. Die Stellungnahme eines Teiles der israelischen Presse gegen diese offensichtliche Zweckentfremdung öffentlicher Mittel ist aber keineswegs als eine Sympathieerklärung für die Missionen, sondern als Teil der religiösen Auseinandersetzungen innerhalb des israelischen Judentums zu verstehen (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 31 ff.).

Sehr viel schwerer sollte eigentlich die soziale Auswirkung der Tätigkeit des Keren Jaldenu wiegen. Die Mittel dieser Organisation reichen nun einmal nicht für eine allgemeine soziale Betreuung aus. Da man bestenfalls dort hilft, wo die Gefahr besteht, daß die Hilfe christlicher Institutionen in Anspruch genommen wird, bietet der Keren Jaldenu faktisch einen Anreiz zur moralischen Erpressung. Diese Gefahr ist zwar in weiten Kreisen erkannt worden, doch blieb die öffentliche Kritik hier offenbar ohne Erfolg.

Die Erklärung der christlichen Kirchen

Die Agitation der jüdischen Orthodoxie führte im letzten Winter und Frühjahr auch zu Interpellationen im Parlament. Die Verquickung des Missionsproblems mit der Außenpolitik des Landes erwies sich hier besonders störend. Die Regierung hat einerseits nicht den Mut, ihre tatsächliche Meinung über die Tätigkeit der Missionen auszusprechen, andererseits haben gewisse Gruppen unter den Missionaren versucht, einen protegierten Status für sich in Anspruch zu nehmen, was die israelische Öffentlichkeit wohl nicht zu Unrecht erregte.

Nach verschiedenen Einzelprotesten der Kirchen, die von der israelischen Presse nur zögernd veröffentlicht wurden, haben am 18. Juli 1963 die christlichen Religionsgemeinschaften in Israel (Katholiken, Orthodoxe, Anglikaner, Baptisten, Lutheraner, Presbyterianer u. a.) eine gemeinsame Erklärung abgegeben, die der Regierung und an-

schließend der Presse überreicht wurde. In dieser Erklärung wird vor allem der Vorwurf zurückgewiesen, daß die Missionen die schlechte ökonomische Situation bestimmter Bevölkerungsschichten ausnützten. Zu dem Vorwurf, die Missionen versuchten Juden ihrem Volke zu entfremden, heißt es: „... Wir sind überzeugt, daß ein Jude, der Christ wird, ein Glied seines Volkes bleibt, wie er es von Geburt ist.“

Die positiven Ziele der kirchlichen Missionen in Israel seien: „... den Gliedern der Kirche zu helfen, bessere Christen und Bürger zu werden, durch Gottesdienst, Freundschaft gegenüber allen und Teilnahme am öffentlichen Leben; zu bezeugen, daß Jesus die Quelle der Wahrheit und des Lebens der ganzen Menschheit ist“, und jene, die das Christentum kennenlernen wollen, zu informieren. Weiter heißt es: „Wir begrüßen als Glieder unserer Kirchen jene, die aus eigenem freien Entschluß und aus ausschließlich religiösen Gründen aufgenommen werden möchten und die lange genug geprüft wurden, um ihre Ehrlichkeit zu beweisen und ihre Fähigkeit, Beschwerlichkeiten zu ertragen, die das Los jeder religiösen Minderheit sind.“ Die Unterzeichneten distanzieren sich ausdrücklich von jenen, die nicht im Geiste dieser Erklärung wirken (NCWC News Service, 22. 7. 63).

Diese Erklärung enthält, wenn auch in gemilderter Form, ein klares Bekenntnis zum Missionsauftrag der Kirche. Sie ist als solche also kaum geeignet, die allgemeine Ablehnung der Missionstätigkeit zu mildern. Auch die liberalen Juden in Israel erwarten eigentlich von den Kirchen, daß sie darauf verzichten, Juden zum Christentum bekehren zu wollen, und sich mit einem Zeugnis für das Christentum begnügen — wobei die Grenze zwischen Zeugnis und Bekehrungsversuch in der Praxis wohl kaum zu ermitteln sein dürfte.

Die Stimme des Papstes

Die Predigt Papst Pauls VI. in der Kirche von Grottaferrata

Am Morgen des 18. August 1963 begab sich Papst Paul VI. von der päpstlichen Sommerresidenz Castelgandolfo aus in privater Form in die griechisch-byzantinische Abtei von Grottaferrata. Um acht Uhr feierte er dort in Gegenwart der Klostersgemeinschaft und zahlreicher Gläubigen aus der Umgebung das Meßopfer. Nach der Verlesung des Evangeliums hielt der Papst vor der versammelten Gemeinde eine Predigt, die in einem eindringlichen Appell zur Wiedervereinigung „aller, die noch echte Christen sind“, mündete. Der italienische Wortlaut der Predigt, den wir hier in eigener Übersetzung wiedergeben, wurde uns von Radio Vatikan zur Verfügung gestellt.

Hochwürdigster Archimandrit dieser altehrwürdigen Abtei, hochwürdige Mitbrüder und Gläubige, Vertreter der weltlichen Behörden, andächtige Christen und Angehörige der Ordensgemeinschaften, seid alle herzlich begrüßt. Ich danke euch allen für diesen euren Empfang und segne euch alle, väterlich und herzlich.

Mein Besuch, den ich gleichsam verstohlen und schweigend und aus rein religiösen Gründen machen wollte, gewinnt durch die herzliche Teilnahme der Bevölkerung dennoch sogleich eine gewisse Publizität. Und dieser so

herzliche und einmütige Empfang erlegt mir die Pflicht auf, diese Predigt mit einem Worte des Dankes und — ich darf das nicht verschweigen — der Freude darüber zu beginnen, daß ich hier gleich so vielen Menschen begegnet bin, deren Herzen sich zwar weniger meiner armseligen Person, wohl aber meinem hohen Amte als Stellvertreter Christi, als Oberhaupt der Kirche, als Bischof von Rom und jetzt als zeitweiliger Bewohner eines nahen Schlosses spontan öffnen.

Seid, ich wiederhole es nochmals, alle begrüßt und gesegnet und habt die Güte, euch mir und meinem Gebete anzuschließen, vor allem um die Muttergottes zu ehren — wir befinden uns ja im Heiligtum der Muttergottes in der Abtei von Grottaferrata —, denn das war ja gerade der Zweck meines Besuches. Früher bin ich hier mehr als neugieriger denn als andächtiger Besucher vorbeigekommen. Aber jetzt komme ich gerade, um aus ganzem Herzen und mit allen meinen geistlichen Empfindungen die heiligste Jungfrau zu ehren, die hier seit 1000 Jahren gefeiert und verehrt wird. Und rings um die Gottesmutter, was sehe ich da? Ich sehe dieses außergewöhnliche, einzigartige und mächtig beeindruckende Bild einer Gemeinschaft des griechisch-byzantinischen Ritus mit einer großen